

Norddeutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 16. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Graf Bismarck, Frhr. v. Friesen, Präsident Delbrück u.

Der Präsident theilt mit, daß das Gesetz über die Branntweinsteuer eingegangen ist.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abgg. Twesten und Graf Münster. Derselbe lautet: „Den Bundeskanzler aufzufordern, für die zur Kompetenz des Bundes gehörigen Angelegenheiten eine geordnete Aufsicht und Verwaltung durch verantwortliche Bundesministerien, namentlich für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Krieg, Marine, Handel und Verkehrsweisen im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen.“

Abg. v. Saenger erklärt, daß sein Name nur aus Versehen unter den Antrag gekommen sei.

Der erste Redner ist der Abg. Twesten: Wir haben in der Bundesverfassung keinen Abschluß, sondern nur einen Anfang, ein begonnenes Werk gesehen, welches nach allen Richtungen hin erst ein Nothbehelf war. Diesen Charakter des Unfertigen, Provisorischen tragen ganz besonders die Bestimmungen über die Regierungsgewalt. Die Versuche, sie vollständiger zu gestalten, stießen auf lebhaften Widerspruch, es gelang nicht, sie fester zu gestalten. Schon bei der Verabredung der Verfassung wurde ein solcher Antrag gestellt, aber abgelehnt. Seitdem ist die Frage wiederholt angeregt und es ist jetzt die Zeit, sie ernst und in ihrem ganzen Umfange zu erwägen. Unser Antrag ist nicht dahin gerichtet, fundamentale Verfassungsbestimmungen des Bundes zu ändern; er will die Kompetenz des Bundes nicht erweitern, sondern nur Ordnung und Stetigkeit in die Verwaltung einführen. Man hoffe auf das Zollparlament; durch seinen Uebergang über die Adresse ist die politische Bedeutung desselben vollständig vermindert. Um so entschiedener muß die innere Konsolidation des Bundes verfolgt werden. Die Verantwortlichkeit eines einzigen Mannes ist ganz unmöglich, er kann keine Verantwortlichkeit für alle Verfügungen einzelner Departements übernehmen. Wir wünschen mit unserem Antrage keine Zukunftspolitik zu treiben, sondern wir halten uns an das Praktische, wir verlangen etwas was jetzt geschehen kann, und nach unserer Ansicht geschehen muß, denn das Unfertige kann nicht unabsehbar verlängert werden, ohne große Mißstimmung zu erzeugen. Es ist die Konsolidation auch ein Schutz für die einzelnen Staaten, wenn die Gewalten fester gestellt werden. Der Redner geht demnach auf die einzelnen Ministerien näher ein, er erachtet ein verantwortliches Justizministerium noch nicht für so sehr erforderlich, dagegen für um so wichtiger ein verantwortliches Finanzministerium. Erst die Ueberzeugung, daß nichts mehr zu zerstören ist, giebt die Gewißheit des Friedens. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses dem Antrage zustimmen wird; der Erfolg hängt nicht von uns ab.

Abg. Graf Münster: Ich gebe in verschiedener Beziehung weiter als mein Mitantragsteller. Mir wäre ein Antrag auf Revision der Bundesverfassung lieber gewesen. Ich hoffe jedoch, daß, wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, man einsehen wird, daß eine föderative Verfassung nicht paßt, daß die Spitze der Verbindung so vieler Staaten eine monarchische sein muß. (Hört! hört!) Ich bitte den großen Staatsmann, der sich in unserer Mitte befindet, den Grafen Bismarck, den von uns gestellten Antrag als ein Vertrauensvotum anzusehen; er ist als ein solcher gemeint. (Große Heiterkeit.) Berlin ist der Centralbahnhof von ganz Deutschland, ja von ganz Europa geworden. Im Jahre 1866 hat das Haus Hohenzollern das Haus Habsburg aus Deutschland getrieben. Die Sonne von Königsgrätz ist die aufgehende Sonne der Hohenzollern in Deutschland gewesen. Wir können eine nationale Strömung haben, sobald wir es wollen, sobald der Graf Bismarck es will. Ich bitte Sie, m. H., nehmen Sie unsern Antrag an. (Beifall.)

Abg. v. Unruh erörtert die gegenwärtigen Verhältnisse des Bundes; er hebt hervor, daß die juristische Verantwortlichkeit die moralische erhebe und beleuchtet demnach die einzelnen Zweige, in denen er verantwortliche Minister wünscht. Staatsorganisationen können nicht abhängig gemacht werden von der Person, man dürfe eine Organisation nicht unterlassen, weil man fürchtet, keine geeignete Personen dazu zu finden. Der Reichstag dürfe sich von solchen Erwägungen nicht leiten lassen. Nur ein Reichstag, der in der Mehrzahl seiner Mitglieder unabhängig sei, könne in schwierigen Fällen auch die Stütze darbieten, deren ein jeder Staat bedürfe. Nur ein solcher Reichstag könne als ein wirklicher Repräsentant der Nation angesehen werden.

Abg. v. Blandenburg: Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß ich Ihnen Material geben kann, aus dem Sie sich überzeugen, daß Sie aus Irrthum den Antrag gestellt haben und daß Sie sich überzeugen werden, daß es besser wäre, ihn abzuwerfen, ohne in-

konsequent zu sein. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß eine große Zahl von Mitgliedern sich bestimmen wird, ob sie den Antrag unterstützen wollen. Ich glaube nicht, daß es ein so großes Unglück sein würde, wenn der Antrag angenommen wird, einen Effekt kann er fürs Erste gar nicht haben — also warum etwas Nutzloses beschließen, da wir kein Mittel haben, unsere Beschlüsse durchzuführen. Neben können Sie so viel Sie wollen, das ist der eigentliche Effekt des Antrages, nicht aber die Annahme.

Bei der Emanation der Reichsverfassung ist die Frage der verantwortlichen Ministerien diskutiert worden und wie die Sachen damals lagen, so liegen die Sachen heute noch. Bei Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums würde man über den Bundesrath zur Tagesordnung gehen müssen, oder die Minister würden lächerliche Figuren sein, die nichts zu verantworten hätten. Der Bundeskanzler hat seine Beamten, wie jeder Minister. Denn z. B. der Kultusminister kann nicht auch Thierarzt und zugleich Schauspiel-Direktor sein. (Große Heiterkeit.) Dazu hat er eben seine Beamten, die verantwortlich sind. Sie wollen mit Ihrem Antrage unsere Bundesverfassung nur in die sogenannte konstitutionelle Chablone bringen. Hat Deutschland jemals eine Verfassung gehabt wie jetzt? Ich sollte meinen, Sie hätten keine Ursache den verbündeten Fürsten den Vorwurf zu machen, daß sie uns nicht entgegen gekommen sind. Wir haben manche Länder schon auf den Kopf gestellt, gebe Gott, daß sie bald wieder auf gesunden Füßen stehen. Sie haben keine Veranlassung zu einem solchen Mißtrauensvotum, wie der Antrag es will. Wir haben alle Ursache, mit unsern jetzigen Zuständen zufrieden zu sein. Lassen Sie den deutschen Adler ruhig seine Bahn vollziehen, das Mandat parlamentarischer Anträge bedarf er nicht. (Beifall rechts.)

Staatsminister Frhr. v. Friesen: (Der Redner ist schwer zu verstehen.) Man kann nicht im Gerینگsten im Zweifel darüber sein, welche Stellung die einzelnen Redner dem Antrage gegenüber einnehmen. Ich bin dem Grafen Münster dafür dankbar, daß er seine Ansicht offen ausgesprochen; ich werde mir erlauben, meine ganz entschieden entgegengesetzte Ansicht auszusprechen. Ich erfülle dadurch nur eine heilige Pflicht. Der Abg. Twesten hat dem Antrage eine weit so weit gehende Bedeutung beigelegt, und er hat sich mehr auf die geschäftliche Seite gestellt. Der Abg. Twesten hat nun aber gesagt, daß der Antrag ein Schutz auch für die einzelnen Staaten sei. Der Abgeordnete hat Recht; in einzelnen Beziehungen bestehen noch Unsicherheiten über die Kompetenzgrenzen, aber das Mittel, was er vorschlägt, kann nicht dazu führen, die Konflikte zu befeitigen. Ich muß diesem Antrage ganz entschieden entgegengetreten, ich halte ihn für sehr gefährlich, weil er in eine Grundbedingung unserer Verfassung eingreift. Es ist wünschenswerth, daß in Deutschland einmal das Gefühl der Sicherheit eintritt, nicht bloß nach außen, sondern auch nach innen. Der Bund hat noch sehr viel zu thun, seine eigenen Institutionen zu befestigen und die Einzelstaaten haben noch sehr viel zu thun, um sich zu lebendigen Gliedern des Gesamtstaates zu machen. Gehen Sie über die Verhältnisse nicht leicht hinweg; wir haben in Deutschland viel Männer, welche es sich zur mühevollen Aufgabe des Lebens machen, der Idee des Bundes überall Eingang zu schaffen; Sie werden in dem Gewissen dieser Männer Konflikte hervorrufen, so daß diese sich sagen: hier höre auf. Es ist kein partikuläres Interesse, wenn man sich gegen den Antrag ausspricht, es ist wahres Interesse des Bundes. Halten Sie es nicht für einen Fortschritt, daß wir hier in diesem Saale so friedlich über alle möglichen Fragen verhandeln? Ein noch größerer Fortschritt wäre es, wenn Sie sich überwinden könnten, solche Anträge gar nicht mehr zu stellen. (Sehr wahr!), nicht ewig an der Verfassung zu rütteln. Sie werden damit Niemand in das Haus einladen, sie werden aber die Entwicklung des Bundes schädigen. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc verteidigt den Antrag gegen die Angriffe v. Blandenburg's.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Die verschiedenen Redner haben vorhandene Uebelstände geschildert, ich kann nur den Zusammenhang nicht finden, wie diese Uebelstände beseitigt werden sollen dadurch, daß man dem vielfachen Räuberwerk, welches unsere Maschine bewegt, noch ein fünftes Rad am Wagen, noch ein verantwortliches Ministerium hinzusetzen will. Als ich diesen Antrag zuerst las, erregte er mir den Eindruck eines ganz entschiedenen Mißtrauensvotums gegen die staatlichen Organe des Bundes mit Ausnahme des Reichstags, wenn ich dagegen die Unterchriften lese, so wird es mir schwer, anzunehmen, daß dieser Gedanke alle diese Herren besetzt haben sollte, deren Namen darunter steht. Ich sehe viele Namen darunter, deren Vertrauen zu befestigen ich mir schmeichle. Auf der andern Seite aber konnte ich doch nicht denken, daß ein Antrag in vier Zeilen, ohne Motive, der wesentliche Aenderungen des Bundes erstrebt, aus einem anderen Grunde hervorgegangen sein kann, als aus dem Gefühl der Un-

zufriedenheit mit dem, was besteht, und mit den Leistungen und der Person des Bundeskanzlers. Der Text des Antrages, der so einfach ist, daß keine Motive hinzugefügt sind, brachte mich ebenfalls auf das Gefühl des Unbehagens, welches die Antragsteller befehlen muß, trotz der mir hier ausgesprochenen Vertrauensvoten. Diese Tendenz des Antrages vermag keine Versicherung wegzuwischen. Ich war zunächst zweifelhaft, wie weit die politische Bedeutung des Antrages reichen würde; ich hätte es gern gesehen, wenn die Antragsteller selbst ein Votum vorgeschlagen hätten; eine solche Formulierung würde von Hause aus einen viel klareren Einblick in die Tendenz des Antrages gebracht haben; nach den hier gehaltenen Reden kann man eigentlich nicht sagen, wie weit der Antrag geht. Abg. Twesten hat den Charakter des Mißtrauensvotums vollständig aufrecht erhalten; er sprach von Chaos und von Diktatur, und der Träger der Diktatur scheint ich zu sein. Zur Befestigung dieses Chaos hat der Abg. Twesten, so sehr er den Stachel des Antrages zu verhehlen suchte, kein anderes Mittel als verantwortliche Ministerien, die nur durch eine Einschränkung des Gebietes des Bundesrathes eintreten können. Die Geschäfte wurden bisher durch Ausschüsse geführt; wir haben unseren Finanzausschuß, der unser Finanzminister ist. Ich möchte die Herren einladen, sich einmal die große Ordnung der Dinge da selbst anzusehen. Die kriegsministerielle Thätigkeit wird durch den Militärausschuß des Bundesrathes ausgeübt, an dessen Spitze sich der preussische Kriegsminister befindet. Alle diese Organe, die dazu hergestellt sind, die würden nach diesem Antrage bei seiner Durchführung überflüssig, ebenso das Bundeskanzleramt. Einwrelen möchte ich gegen das allgemeine Mißtrauen, welches hierin liegt, die Bundesregierungen in Schutz nehmen. Der Antrag ist verfassungsmäßig, das bestreite ich ihm nicht, obwohl er sich mit dem Geiste der Verfassung nicht recht vereinbaren läßt. Die Frage drängt sich nur auf, wodurch haben die Bundesregierungen dieses Mißtrauen verdient? haben sie bei ihrer Stellung partikularistische Interessen verfolgt? haben sie nicht im Gegentheil mit voller patriotischer Hingebung gearbeitet? Dazu verlanen Sie nicht, daß ich als Bundeskanzler jemals die Hand bieten soll. Sie sind gewiß eifersüchtig auf Ihre Rechte und ein Angriff auf dieselben würde wahrscheinlich nicht in so schüchternen Weise zurückgewiesen werden, wie dies heute von Seiten des Bundesrathes bei dem Angriff gegen seine Rechte geschieht. Aber die Spitze des Antrages richtet sich gegen den Süden. Der Antrag heißt, daß wir unsere Verfassung abschließen wollen. Der Süden ist partikularistisch, wir sind ihm zu liberal, wir sind ihm zu national, wir sind ihm zu liberal-national. (Große Heiterkeit.) Der norddeutsche Bund ist ihm jetzt schon zu eng. Mit der Annahme des Antrages wäre an den Eintritt der süddeutschen Regierungen nicht mehr zu denken. Meinem Gefühl nach schärpen Sie den Gegensatz des Stromes in Süd- und Norddeutschland. In Süddeutschland ist der Einzelismus sehr schwach. Um die Stellung des Bundeskanzlers zu erleichtern, wollen Sie ihm die Hände und Füße binden und durch die Hinzufügung von 4 und 5 Kollegen glauben Sie alle Schäden der Welt zu heilen. Wer einmal an der Spitze des Ministeriums gestanden hat, der schreckt nicht zurück vor der Verantwortlichkeit, aber er schreckt zurück vor der Möglichkeit, seine sieben Kollegen zu überzeugen von der Richtigkeit seiner Ansicht. (Heiterkeit.) Einen Menschen zu überzeugen ist an und für sich sehr schwierig. Ich halte an und für sich eine kollegialische Ministerverfassung für einen staatlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat jucken sollte, so viel als möglich loszukommen. Worin besteht denn die Verantwortlichkeit? Sie soll geschaffen werden durch ein Kollegium, ich sage, sie schwindet mit dem Kollegium, und je leichter die einzelnen Charaktere sind, desto schwieriger ist ein Zusammentreffen. Der ganze Antrag hat seinen Ursprung in einem Mißverständnis der Stellung des Kanzlers überhaupt. Mein Streben ist ein aufrichtiges und ehrliches, ich kenne kein verfassungsmäßiges Recht und halte den Antrag für unannehmbar. Es würde mir am liebsten gewesen sein, wenn er nicht gestellt worden wäre, ich würde dann nicht in die unbehagliche Lage gekommen sein, mich darüber äußern zu müssen. Ich will nur zur vollsten breitesten Entwicklung deutscher Wohlfahrt und Macht beitragen. Lassen Sie dem Bunde Zeit, er ist noch jung und wird sein Werk zu Ende bringen. Ich gebe sehr gern zu, daß die Bundesverfassung noch eine sehr unvollkommene ist, daß sie nicht bloß durch die Eile, mit der sie hergestellt wurde, sondern auch durch die Zustände, die dem Zustandekommen zu Grunde lagen; aber bilden wir uns nicht ein, daß wir die Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhr vorstellen. Mir wird Niemand zumuthen, daß ich Geschichte mache, aber selbst im Vereine mit Ihnen könnte ich dies nicht; wir würden nur das Wachstum der Früchte verderben, die wir zu zehren beabsichtigen. Ich bitte Sie, warten Sie die Zeit doch ruhig ab. Nehmen Sie die Versicherung von mir,

daß jede persönliche Empfindlichkeit über die Stellung des Antrages mir absolut fremd ist und daß, wenn ich mich in einer Weise schärfer ausgedrückt habe, dies mehr eine übliche Gewohnheit von mir ist, als das Zeichen der Erregung. Ich bin mir vollständig bewußt, mit allen Antragstellern über das Ziel vollständig einig zu sein; über die Wege, die dazu führen, können wir sehr verschiedener Ansicht sein. Bewahren Sie aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue zusteuern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schulze (Berlin) befürwortet den Antrag. Wenn der Bundeskanzler ein Mißtrauens-Votum in demselben sehe, so möchte er annehmen, daß er dasselbe verdiene. Der Antrag habe mit einem Mißtrauens-Votum gar nichts zu thun. Redner widerlegt die Ausführungen des Bundeskanzlers und glaubt, daß die Annahme des Antrages Sympathien im Süden erregen würde.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Antrag ist für mich weder Sache des Vertrauens, noch des Mißtrauens. Ich vermiße aber, wie die Herren sich eigentlich das verantwortliche Ministerium denken. Soll das Bundesministerium das preussische Ministerium sein? Das ist nicht klar gestellt. Auch ich glaube, daß mit einem Mann an der Spitze ein Verfassungsstaat auf die Länge der Zeit nicht bestehen kann. Wir müssen aber erst einen recht konstruirten Bundesrath machen. Heute darauf anzutragen, dazu sehe ich mich nicht veranlaßt. Der Einheitsstaat ist das Grab Deutschlands.

Der Bundeskommissar groß. sachsen-weimarscher Staatsminister v. Magdorf erklärt sich als Vertreter eines kleinen Staates ebenfalls gegen den Antrag. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Lasker für den Antrag: Ich denke mir das Bundesministerium wie in England. Dort ist der Ministerpräsident der leitende Gedanke des Ministeriums, der Jeden daraus entfernt, der sich mit seinem leitenden Gedanken nicht in Einklang zu setzen weiß. (Große Heiterkeit.) Wir glauben durch unsern Antrag gerade die kräftige Execution der Gesetzgebung zu stärken, wenn wir die Last auf mehrere Schultern vertheilen. In diesem Sinne ist unser Antrag bei der Herstellung der Verfassung gestellt, in diesem Sinne ist er heute gestellt, und er steht deshalb nicht im Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Mit der Stellung eines englischen Ministerpräsidenten würde ich sehr gern einverstanden sein. Das Bundeskanzleramt hat die Einrichtungen gerade so, wie der Abgeordnete sie wünscht; es fehlten nur einige Ministerstellen, und damit würde man nicht so ängstlich umzugehen brauchen, (große Heiterkeit) wenn nicht die Leistungen, die sich an diese Titel knüpfen, die Sache zersplittern.

Die Diskussion wird geschlossen und über den Antrag Twesten und Graf Münster namentlich abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung ist die Annahme des Antrages mit 111 gegen 100 Stimmen. Die Parteilung bei der Abstimmung ist bereits bekannt durch die zahlreiche Unterzeichnung (102), welche der Antrag erhalten hat. Damit schließt die Sitzung um 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. — Tagesordnung: Verschiedene Anträge und Gewerbeordnung.

Leipzig, 16. April. Se. Maj. der König führen heute Vormittag 9½ Uhr in Begleitung S. K. H. des Kronprinzen, des Prinzen Adalbert, des Prinzen Albrecht (Sohn), des Prinzen August von Württemberg und Sr. Hof. des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin nebst zahlreichem Gefolge mit Extrazug nach Potsdam, besichtigten im Lustgarten das Garde-Jäger-Bataillon und bei den Kommandos das Lehr-Infanterie-Bataillon und kehrten gegen 3 Uhr Nachmittags hierher zurück. Morgen früh 8 Uhr wird dem Vernehmen nach Se. Majestät sich wieder nach Potsdam begeben und die Bataillone des 1. Garderegiments z. F. besichtigen.

Sr. K. Hof. der Kronprinz empfing gestern dem Frhr. v. d. Goltz, Kommandeur des ostpr. Dragoner-Regiments Nr. 10, Se. Durchl. den Erbprinzen von Schwarzburg-Sondershausen, den Prem.-Lieutenant v. Ufedom vom 1. ostpr. Gren.-Regt. Kronprinz, so wie den Fürsten Loevenstein-Wertheim. Mittags besuchten die Höchsten Herrschaften das Atelier des Bildhauers Londeur mit einem Besuche und Abends wohnten Höchstdieselben der Soirée bei den königlichen Majestäten bei.

Dem Vernehmen nach soll der General Vogel v. Falckenstein, zur Zeit hier als Reichstags-Mitglied anwesend, nicht unbedeutend erkrankt sein.

Der Kompetenzgerichtshof hat, wie die „Fr. Ztg.“ hört, dieser Tage in Sachen der beiden Frankfurter Polizeikommissäre Dr. Märkert und Dr. Köppler, und zwar gegen dieselben entschieden. Beide hätten sich demnach auf die ihnen zugewiesenen Posten nach Magdeburg bez. Stettin sich zu begeben.

Die „Staatsbürger-Ztg.“ und die „Gerichts-Ztg.“ brachten vor einigen Wochen einen Artikel, der sich auf eine en bloc Trauung mehrerer Brautpaare in der Sophienkirche bezog, und in dem die Thatsache erwähnt war, daß diejenigen Bräute, welche ohne Kranz erschienen, auf die heilige Handlung warten mußten, bis die anderen die Kirche verlassen hätten. Das Konsistorium der Provinz Brandenburg hat in dem Artikel namentlich in der Kritik dieser Handlungsweise, die als „priesterliche Unduldsamkeit“ bezeichnet wurde, etwas Strafbares gefunden und in einer Anzeige gegen die Zeitungen Denunziationen eingebracht. Am Donnerstag wurde bereits der Verfasser der Artikel, der von der Redaktion der Gerichtszeitung genannt worden ist, gerichtlich vernommen.

Potsdam, 14. April. Die Feier des 50-jährigen Bestehens unseres 1. Garde-Ulanen-Regiments hat heute unter der Gunst eines schönen Frühlingstages ihren fröhlichen Verlauf gehabt. Die Kasernen der Mannschafft an dem Brandenburger Thor und vor demselben prangten von früh an im reichsten Schmucke preussischer Fahnen und Flaggen, und in der ersten Stunde Vormittags fand auf dem weiten Raume hinter dem staatlichen Bau der Kaserne am Louiseplatz Appell statt. Das Regiment stand in einem offenen Viereck, die Mannschaffen sämmtlich im Paradeeschmuck. Ihre Königl. Hohheiten Prinz Friedrich Karl und Prinz Albrecht (Sohn) waren zu der Feier erschienen, eben so der General der Kavallerie v. Tümping und viele andere, ehemals in mancherlei Chargen im Regiment Bestandene. Der Regiments-Kommandeur Major v. Rogow war durch eine schwere Erkrankung seines Vaters verhindert; an seiner Stelle hielt daher der Major Freiherr v. Zedlitz-Keipe eine Ansprache, die historischen Momente hervorhebend, und schloß mit drucksamem Hoch auf Se. Majestät den König, in das die Regimentsmuff mit: „Heil Dir im Siegerkranz“ einfiel. Um 2 Uhr wurden die Wachtmeister des Regiments und die ehemals in dieser Charge standen, als Gäste des Offizierkorps an einer hundert Couverts umfassenden Doppelkafel in dem großen und freundlichen Saale des Herrn Laub (Café Sanssouci), den Herr Hofkapellmeister Hamel reich mit Fahnen, Bannern, Waffen und anderer kriegerischen Zier geschmückt hatte, festlich und gut gespeist. Die Büsten der drei Monarchen, unter welchen das Regiment bisher gedient, schauten von der Hauptwand über Waffengruppen auf die frohe Festgenossenschaft herab, die Ihrer Königl. Hohheiten des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl hatten ihre Stellung an der Seitenwand und Alles verband sich zur schönsten Harmonie. Das Offizierkorps, mit denen verbunden, die ihm früher angehört hatten, nahm das Festmahl im Saale des Kasino ein. Den etwa 650 Köpfe zählenden Mannschaffen wurde nach festlichem Mittagmahl in den Kasernen ein Ballfest in der Dahleburgischen Centralhalle bereitet. Diese Verlichkeit, so eben erst durch eine der Bühne nach der Gartenseite hin angegeschlossene Sommerhalle erweitert und damit zu seltener Größe gekommen, war ebenfalls auf das reichste, und zwar durch Herrn Kästner, mit Fahnen, Bannern, Waffen und Wappenschilbern an Wänden und Säulen bedeckt und gewährte mit der wogenden, fröhlichen Menschenmasse bei glänzender Erleuchtung einen seltsamen Anblick. In dem Winterjaale tanzten drei, in der Sommerhalle die anderen zwei Eskadrons und jede empfing einige Tonnen Freibier. Wer aber in dem erhöhten Bühnenraume weilte, hatte den Blick nach beiden Seiten frei auf diese Schaaren junger Krieger und ihrer Schönen, die hier des Regimentes Ehrentag mitzugenießen und zu erhöhen verstanden.

Breslau, 15. April. Die Rede des Fürstbischöflichen Dr. Förster, welche derselbe bei dem der Sekundäfeier folgenden Festmahl gehalten, theilen jetzt die „Br. Hausbl.“ im Wortlaute mit. Wir geben hiernach den Schluß der Ansprache wieder, mit welcher Dr. Förster den Toast auf den Jubelfürsten, den Paps, einleitete; derselbe lautete:

„Aber wie Großes er (Pius IX.) bisher gethan, um die gefährlichste und allgemeinste Häresie, die alle anderen Häresien in sich schließt, den Liberalismus und den aus ihm geborenen geiststöbenden Materialismus zu bekämpfen, — das Größte wartet seiner noch: der Versuch, ob die in Verblendung befangene, von der Lüge verwirrte, im Sinnentumel heraufgehobene Welt noch einmal die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit aus dem untrüglichen Munde ihrer heiligen Mutter, der Kirche hören werde. Gegen alle Befürchtung auch getreuer und wohlgestimmter Männer hat der h. Vater in seinem — wir dürfen sagen, wunderbaren — Gottvertrauen es gewagt, ein allgemeines Konzil anzufangen und alle Vorkehrung dafür zu treffen in einer Zeit, in welcher der Unglaube sich zum Fanatismus gesteigert hat und auf welche das Wort unserer Ostersequenz sein Anwendung findet: mors et vita duello conflixere mirando. Möge Gott ihn erhalten, bewahren, stärken und erleuchten, und wie einst Moses vor dem Ende seines Lebens von dem Berge Nebo noch die letzten Höhen des gelobten Landes sehen durfte, möge es so unserem Pius vergönnt sein, vor dem Ende seines thaten- und segensreichen Lebens von den Höhen des Vatikan die leuchtenden Zeichen des nahenden Sieges der Kirche zu schauen, und nachdem in seinem Leben das prophetische Crux de cruce sich erfüllt hat, möge er dann den schweren Oberhirtenstab in die Hände dessen übergeben, der als Lux de luce verkündigt ist. Unser h. Vater Pius IX. lebe hoch!“

Der Toast auf den König Wilhelm lautete: „Meine Herren! Es sind zwei Pfeiler, auf welchen

das Wohl der Menschheit ruht, die Kirche mit ihrer Sorge für das ewige Heil ihrer Kinder und der Staat mit seiner Sorge für das zeitliche Wohl seiner Bürger. Nur wo beide in wechselseitiger Achtung ihrer Rechte und Pflichten einmütig ihrem Ziele nachstreben, erbaut sich wahres Völkerverheil. Es ist ein Kirchenfest, das wir heute feiern, und in freudiger Begeisterung haben wir unseres heiligen Vaters gedacht. Wie nahe liegt uns der Gedanke an unseren Landesvater! Sieht ja ein gutes und christliches Volk in seinem Könige nicht nur den von Gott gesegneten Regenten und Herrn, es fühlt sich in seinem Verhältnisse zu ihm auch wie eine große Familie zu dem gemeinsamen Vater, mit dessen Geschick es die seinigen innig verbunden weiß und bei dem es gern einkehrt in guten und in bösen Tagen. Darum richten wir auch heute unsere Blicke und Herzen hin auf unseren König und Herrn, unter dessen Schutze wir, friedlicher und unangefochtener als unsere Glaubensbrüder in so vielen anderen Ländern, unser schönes Fest feiern und von dem wir wissen, daß er Theil nimmt an unserer Freude und einen Fürsten seines Landes entsendet hat, dem heiligen Vater seine Glückwünsche zu entbieten. Darum vereinen wir Alle uns gern in dem aufrichtigen Wunsche, daß Gott seine Gnadenhand ausgebreitet halte über unseren König und das Königl. Haus und daß er sein Regiment segne, auf daß immer und überall Recht und Gerechtigkeit walte im Lande, die Kirche des Schutzes sich erfreue, der ihr gebührt und dessen sie bedarf, unser tapferes, siegesgewohntes Heer eine eiserne Mauer bilde gegen alle Gefahren von außen und im Innern die Segnungen des Friedens sich entfalten in dem immer schöneren Aufblühen der Wissenschaft und Kunst, des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues, und das Glück eines zufriedenen Volkes die Sonne sei, welche den Lebensabend unseres großen Fürsten erheitere und verschönere. Se. Maj. König Wilhelm I. lebe hoch!“

Der Fürst v. Haffeld brachte dem Fürstbischöflichen Dr. Förster ein Hoch, welches derselbe mit herzlichen Worten erwiderte.

Thorn, 14. April. Die „Thorner Z.“ berichtet von der ungesetzlichen Verhaftung eines hiesigen Kaufmanns Julius D. in Polnisch-Leibisch. Derselbe besuchte vorgestern den Jahrmarkt in Preussisch-Leibisch (eine Meile von hier), ging über die Brücke des Grenzflüßchens Drenzew und meldete sich mit mehreren anderen preussischen Kaufleuten vorschriftsmäßig auf der russischen Zollkammer, wo er von allen Beamten genau gekannt wird. Ohne Angabe jedes Grundes erklärte der Direktor der Zollkammer den Julius D. noch auf der Schwelle der Stube für verhaftet, trotz des ordnungsmäßigen Passes. D. und seine Freunde, Kaufleute aus Preußen und Gutsbesitzer aus Polen, erklärten sich bereit zur Deponierung jeder beliebigen Summe; jedoch vergebens; ein russischer Gendarm habe ihn sofort zum Woyt nach Nowgorod (3 Meilen von Leibisch) zu transportieren. Bekanntlich ist es nicht sehr angenehm, in Rußland Verhafteter zu sein. Um Mitternacht langte der Transport in Nowgorod an, der Woyt wird gewickelt und sagt: er habe den Befehl zur Verhaftung vor mehreren Tagen nach Leibisch erteilt und vergessen, ihn zu widerrufen. D. habe von einem polnischen Besitzer hundert Schafe (etwa 200 Thlr. Werth) gekauft, die wegen restirender Abgaben abgepfändet waren. Dieser Besitzer habe jetzt seine Abgaben bezahlt und D. sei somit frei. An den Grafen Bismarck als Kanzler des norddeutschen Bundes ist eine Beschwerde bereits abgegangen mit dem Antrage auf Schadenersatz von 1000 Rubeln Seitens des russischen Staates in Vertretung seiner Beamten.

Hannover, 14. April. In einem Presseprozeße gegen die partikularistische „Deutsche Volkszeit.“ war der Redakteur derselben, Eichholz, angeklagt, die Anordnung von Gottesdiensten zur Eröffnung des Zollparlaments verhöhnt zu haben. Die Strafkammer erkannte auf 50 Thlr. Geldbuße, die Berufungskammer auf Freisprechung. Jetzt hat nach Angabe der „Fr. Z.“ das Ober-Appellationsgericht auf die erhobene Nichtigkeitsbeschwerde der Kron-Anwaltschaft das erste Erkenntnis wieder hergestellt.

Köln, 15. April. Fernere Umstände, die sich in der wegen des Theaterbrandes schwebenden Untersuchung herausgestellt, haben der Untersuchungsbehörde Veranlassung gegeben, die Verhaftung eines Burschen anzuordnen, welche gestern vollzogen wurde. Der von dieser Maßregel Betroffene gehört dem wenig lebenswürdigen Stande der „Rabauen“ an.

Weimar, 15. April. Sr. K. H. der Großherzog hat dem Prof. Dr. Petermann in Gotha das Ritterkreuz 1. Klasse des Hausordens der Wachsamkeit (Weißer Falken) verliehen.

Waldenburg (Sachsen), 15. April. In der Nacht vom 14. zum 15. April nach 1 Uhr starb auf dem fürstlichen Schlosse hieselbst die Prinzessin Thella Marie Julie v. Schönburg, geb. den 21. Dezember 1862, älteste Prinzessin Tochter Sr. Durchl. des Fürsten Otto Friedrich v. Schönburg und J. D. der Frau Fürstin Pamela v. Schönburg.

Deßau, 15. April. Die Dominialfrage beschäftigt unser Ländchen noch hinlänglich. In den Städten zeigt sich jedoch nur hinsichtlich dieser Frage einige Regsamkeit, während die große Masse des Volkes sich theilnahmslos dabei verhält. Die Bürgermeister der Städte verhandeln mit den Gemeinderäthen über Annahme oder Nicht-Annahme der von der Landtags-Kommission ausgearbeiteten Vorlage ausführlich; doch scheint man noch nicht zu einem bestimmten Resultate gekommen und die Annahme der Landtags-Kommissions-Vorlage

durch den Landtag noch zweifelhaft zu sein. Es ist aber sehr wünschenswerth, daß die Frage zum Abschluß gelangt, damit nicht, wie der „Magd. Ztg.“ von hier aus vor Kurzem geschrieben wurde, eine Ministerkrisis sich daran knüpft. Das Land würde durch diese schmerzlich berührt werden.

Brüssel, 16. April. Die Arbeitseinstellungen erstrecken sich bis in den Distrikt Borinage, in welchem die Kohlengruben militärisch besetzt sind. In dem Dorfe Frameries kam es gestern zu einem Zusammenstoße, wobei 4 Personen getödtet, 5 verwundet wurden. Die Garnison von Brüssel ist konfignirt.

Paris, 16. April. Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten fand heute eine Besprechung zwischen dem belgischen Minister-Präsidenten Frère-Orban und den Ministern Lavalette, Roubert und Gressier statt.

Die russische Regierung hat an die Mächte, welche den Pariser Vertrag von 1856 unterzeichnet haben, eine Note in Betreff des türkischen Indigenats gerichtet, worin sie gegen das Gesetz der Pforte vom Januar d. J. bezüglich der türkischen Unterthanen, welche den Schutz der fremden Konsulen unter dem falschen Vorwande der Nationalität nachsuchen, Protest erhebt. Rußland wünscht eine Einigung der Mächte über diesen Gegenstand, hält jedoch beifür dessen eine Einigung der Mächte über diesen Gegenstand, hält jedoch beifür dessen eine Konferenz nicht für notwendig.

Florenz, 15. April. Die Kommission der Deputirtenkammer hat heute beschlossen, die Genehmigung des französisch-italienischen Postvertrages zu beantragen, und einen Ausschuß ernannt, welcher über den vom Ministerium eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend den neuen Vertrag mit der Cavour-Kanal-Gesellschaft, Bericht erstatten soll.

Der Verwaltungsrath der Nationalbank hat den Vorschlag der Direktion, das Bankkapital von 100 auf 200 Millionen Lire zu erhöhen, angenommen. Diese Erhöhung wird dadurch begründet, daß die Bank für den Fall, daß sie den Dienst des Staatskassas übernimmt, damit auch neue Verpflichtungen übernehmen, für welche sie dem Staate als Garantie ein Depositum von 100 Millionen Lire zu 5 pCt. in Konsoffentur leisten würde. Der Staat beabsichtigt, diese Millionen für die Aufhebung des Zwangscourfes zu verwenden.

Madrid, 15. April. In der heutigen Sitzung der Cortes wurde der erste Artikel des Verfassungsentwurfs genehmigt. Ein Amendement zu Artikel zwei, welches die Aufhebung der Todesstrafe beantragte, wurde mit 112 gegen 62 Stimmen verworfen.

Madrid, 15. April. In der heutigen Sitzung der Cortes wurde die Regierung unter Hinweis auf den Umstand, daß Frankreich an den Grenzen eine Ansammlung und Organisation Carlischer und Jabellischer Partigänger dulde, darüber interpellirt, ob sie in Paris Schritte gethan habe, den in dieser Beziehung bestehenden Verträgen Geltung zu verschaffen. Prim gab in Erwiderung auf die Interpellation zu, daß sich allerdings an der französisch-spanischen Grenze Carlische Banden gebildet hätten. Die französische Regierung verfuhr gegen dieselben nach denselben Grundsätzen, welche sie unter der früheren spanischen Regierung den gesuchten spanischen Liberalen gegenüber angewendet hätte. Uebrigens seien die Verbindungen zu Frankreich sehr bezweifelhaft.

Die Majorität der Cortes ist übereingekommen, die Entscheidung über die Regierungsform noch hinauszuschieben.

Newyork, 3. April. Die „Newyork Tribune“ berichtet über die Ermordung des österreichischen Grafen Wessler (?), dessen Leichnam mit einem Messer in der Herzgegend ausgefunden worden sei. Den Aussagen eines Zeugen, des Hotelbesizers Schneidlich aus Hoboken, zufolge kam der Verstorbene, welcher einer armen österreichischen Adelsfamilie angehörte, im Jahre 1866 nach Amerika. Er hatte zu Hause ein lockeres Leben geführt und war, um den Folgen desselben zu entgehen, ausgewandert. Ohne alles Geld und zu keiner geistigen oder körperlichen Arbeit fähig, führte er dann ein abenteuerliches Leben, bis er bei Schneidlich Unterflüchtung fand. Als Buchhalter in dem Hotel des letzteren lernte er einen deutschen Bürger in Hudson City kennen, welchen er häufig besuchte, und mit dessen Frau er sich schließlich in ein unerlaubtes Verhältnis einließ. Der Mann ließ sich von seiner Frau scheiden, und diese heirathete Wessler. Er lebte mit ihr bis wenige Tage vor der Auffindung seines Leichnams. Zwischen dem Verstorbenen und dem ersten Gatten seiner Frau soll ein tödtlicher Haß geherrscht haben, welcher bei einer Gelegenheit einen verzeifelten Kampf zur Folge hatte.

Stettin, 17. April. Wie wir erfahren, sollen die bisherigen Erfolge des Comités „für Herstellung einer Dampfelinie zwischen hier und Newyork“ Aussicht bieten, daß das Unternehmen zu Stande kommt, vorausgesetzt, daß schließlich auch die hiesigen Zeichner die bei dem ersten Versuche gezeichneten Beiträge nicht zurückziehen.

Sundewall, Kontre-Admiral a. D., zuletzt Kapitän zur See und kommandirt zur Dienstleistung bei dem Marine-Ministerium, ist mit seiner Pension zur Disposition gestellt.

Der Auskultator Victor Friedrich Kolbe beim hiesigen Appellationsgericht ist zum Referendarius ernannt.

Neuerdings ist wieder auf die bestehenden Anordnungen hingewiesen worden, denen zufolge „der Titel Oberlehrer als persönliche Auszeichnung“ nur Lehrern

verliehen werden kann, welche pro facultate docendi geprüft sind, also an Gymnasien und Realschulen unterrichten oder dort angestellt waren.

Die wegen Diebstahls bereits bestrafte unverehelichte Marie Ziehm von Bredower Antheil machte gestern Abend in einer Marktbude auf dem Kirchplatze den verunglückten Versuch, ein Paar Lederpantoffeln zu annekiren. Bei ihrer polizeilichen Sistirung nannte sie sich „Brunow“, in dessen war die Polizei nicht so galant, ihr auf's Wort zu glauben, stellte vielmehr ihren richtigen Namen fest und gewährte ihr sodann Unterkommen im Gefängniß.

Die unverehelichte Wilhelmine Gumb aus Bublitz hatte vor ihrer früheren Herrschaft ein Dienstabschiedszeugniß erhalten, welches ihr gar nicht gefiel, indem es lautete: „Durchaus für keinen anständigen Dienst brauchbar.“ Ein schlauer Schuster, bei welchem die G. später logirte, wußte bald Rath, er nahm das Buch an sich und nach wenigen Augenblicken war durch die einfache Beseitigung des Buchstabens „t“ vor dem Worte „keinen“ ein Zeugniß geschaffen, welches das Mädchen überall empfahl. Das scharfe Auge eines Polizeibeamten, dem das Buch jetzt zur Beglaubigung eines neueren Dienstzeugnisses in die Hände kam, hat die Fälschung aber entdeckt und dürfte der Schuster für seine Gefälligkeit nun noch mit dem Strafrichter in Konflikt kommen.

Der Schuhmachergeselle Teske aus Colberg, welcher vorgestern ziemlich stark angetrunken den Scherping'schen Laden in der Schuhstraße betrat, gerieth darüber, daß man ihm dort keinen Brantwein mehr verabfolgen wollte, ihn auch nach mehrfachen vergeblichen Aufforderungen zum Verlassen des Lokals mit Gewalt aus demselben entfernte, so in Wuth, daß er von außen ein Fenster der Laden Thür einschlug. Jetzt wird demselben dafür wegen Hausrechtverletzung und Vermögensbeschädigung der Prozeß gemacht werden.

Stargard, 16. April. Der heutige Markt war mit Vieh nur mäßig betrieben und von Käufern schwach besucht. Der Umsatz war bei festen hohen Forderungen der Verkäufer nur gering.

Ein Bauerehofbesitzer aus Pehnitz gerieth am 14. d. Nachmittags mit seiner Frau hier in Lebensgefahr. Beim Passiren der Brücke am Neuen Thor, zu deren beiden Seiten breite Stege zu Wasserschlössen an der Jbna herabzuführen, verlor er durch das Zerreißen eines Zügels die Leitung der Pferde, welche nunmehr schnurstracks mit dem Wagen, auf welchem sich außer dem Landmann noch die Frau desselben befand, ihren Weg die Treppe hinab in die hier ziemlich tiefe Jbna nahmen. Zum Glück brach im Wasser die Deichselstange und lösten sich hinten die Stränge los, so daß die Pferde vom Wagen loskamen und das jenseitige Ufer durch Schwimmen erreichen konnten, dessen steilen Rand sie mit Hilfe in der Nähe arbeitender Maurer und Spaziergänger glücklich erreichten, während die Insassen des Wagens inzwischen aus ihrer gefährlichen Lage und dem zu dieser Jahreszeit nichts weniger als angenehmen Bade befreit worden waren. — Am Donnerstag Vormittag fiel die 3 Jahre alte Tochter des Arbeiters Veit, der Glaserhies Fabrik gegenüber, in den Krampehl. Vom Strome bis zur Mündung des Krampehls in die Jbna getragen, wurde sie dafelbst durch den Maschinenbauer v. Schipansky vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Greifenberg, 15. April. (Dd.-Ztg.) Der hiesige Archidiakon Gerde wird, wie verlautet, einem Rufe nach Usedom folgen. Wir werden ihn recht vermiffen, denn er hat während seines 13 Jahre langen segensreichen Wirkens am hiesigen Orte sich viele Liebe und Freundschaft erworben. — Trotz der jetzt eintretenden besseren Witterung grassirt hier unter den Kindern immer noch die Halabräume und das Scharlachfieber, und der Tod hat aus der Kinderwelt schon ganz bedeutende Opfer gefordert.

Börsen-Berichte.
Stettin, 17. April. Witterung: schön, Nachts Gewitterregen. Wind NW. Temperatur + 14° R. Barometer 27 1/2 7 1/2.

An der Börse.
Weizen ruhig, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. 64-66 R., ungar. 62-64 R., weißer 64-66 R., ungar. 63-65 R., 88-85 Pfd. gelb. Frühjahr 66, 65 1/2, 1/8 R. bez. u. Bd., Mai-Juni do., Juni-Juli 66 1/2, 1/8 R. bez. u. Bd., Juli-August 67 R. bez.
Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 51-52 R., schwerer 88 Pfd. 52 1/2 R. bez., Frühjahr 51 1/2, 1/8 R. bez., Mai-Juni 50 1/2, 1/8 R. bez. u. Bd., Juni-Juli 50 1/2, 1/8 R. bez. u. Bd., Juli-August 49 R. bez.
Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 37-42 R., feine ungar. bis 45 1/2 R. bez., schles. 44-45 R.
Hafer fest, pr. 1300 Pfd. loco 32 1/2-35 R., 47- bis 50 Pfd. Frühl. 34 1/2 R. Bd., 34 1/2 R. bez., Mai-Juni 34 R. bez., Juni-Juli 34 R. Bd. bez.
Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 52 1/2-53 1/2 R., Koch- 57-59 R., Frühjahr Futter- 54 R. bez., Mai-Juni 54 R. bez.
Mais loco pr. 100 Pfd. ab Bahn 60 1/2, 60 R. bez. u. Bd.
Rübsil wenig verändert, loco 10 1/2 R. bez., April-Mai 10 R. bez., 9 1/2 R. Bd., September-Okt. 10 1/2, 1/2 R. bez.
Spiritus fest, etwas höher, loco ohne Faß 15 1/2 R. bez., Frühjahr u. Mai-Juni 15 1/2 R. bez., Juni-Juli 16 1/2 R. bez. u. Bd., Juli-August 16 1/2 R. bez. u. Bd.
Angemeldet: 200 Wisp. Weizen, 50 Wisp. Erbsen, 300 Ctr. Rübsil, 50,000 Ort. Spiritus.
Regulirungs-Preise: Weizen 66, Roggen 51 1/2, Erbsen 54, Rübsil 10, Spiritus 15 1/2.
Landmarkt.
Weizen 62-68 R., Roggen 49-53 R., Gerste 44-48 R., Hafer 32-36 R., Erbsen 53-58 R., Heu 15-20 R. pr. Centner, Strohh 6-8 R., Kartoffeln 12-15 R.